

An den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses
Herrn Andreas Wolter

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 27.11.2019

AN/1639/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Verkehrsausschuss	02.12.2019

Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Verkehr – Wie engagiert werden in Köln Verbesserungen umgesetzt?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Februar 2018 konnte die Stadt Köln das Siegel „Kinder- und Jugendfreundliche Kommune“ entgegennehmen. Der Rat der Stadt Köln hatte im Herbst 2013 beschlossen, sich um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ zu bewerben und im November 2013 unterzeichnete der damalige Oberbürgermeister Jürgen Roters die entsprechende Vereinbarung mit dem „Kinderfreundliche Kommune e.V.“

Zur Maßnahme „Einarbeitung der Kinder- und Jugendrechte in das Verkehrskonzept“ führt der Aktionsplan „Kinder- und Jugendfreundliches Köln“, im Dezember 2017 im Rat beschlossen, aus:

„Gefährdungslagen von Kindern und Jugendlichen insbesondere im Straßenverkehr sind bisher in Köln zu wenig aufbereitet worden und überhaupt nicht in das aktuelle Verkehrskonzept Köln mobil 2025 eingeflossen. Deutlich formulieren die über 1.600 befragten Kinder aus den Kinderfragebögen des Vorhabens die Situation: 37% fühlen sich auf dem Schulweg eher unsicher, 42% auf dem Fahrrad in der Stadt und in öffentlichen Verkehrsmitteln haben sogar 45% ein schlechtes Gefühl. Kinder und Jugendliche sollten hier zukünftig konsequent als Experten ihrer Lebenswelt einbezogen werden. Neue Qualitätsstandards können vor allem dann festgelegt werden, wenn es um die Neuplanung kinderfreundlicher Wohnsiedlungen und um kommunale Verkehrsvorhaben geht“.

Ausweislich des im September 2019 vorgelegten Zwischenberichtes zum Aktionsplan wurde bislang noch nicht mit der Erarbeitung von Qualitätsstandards

begonnen. Mit der Einarbeitung der Kinder- und Jugendrechte in das Verkehrskonzept soll ab dem Jahr 2020 begonnen werden.

Im Verkehrsausschuss hat die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren Initiativen eingebracht, um die Situation von Kindern und Jugendlichen im Verkehr, insbesondere auch auf ihren Wegen von und zur Schule zu verbessern und das Thema „Schulwegsicherung“ voranzubringen.

In seiner Sitzung am 11.09.2018 hat der Verkehrsausschuss die Verwaltung mit einstimmigem Beschluss beauftragt, bei der „anstehenden Erstellung von Schulwegplänen die folgenden Punkte mit zu prüfen

- Schaffung einer besonders geschützten Infrastruktur auf Schulwegen. Schulwegpläne sollen partizipativ aus der Perspektive der Kinder entwickelt bzw. überarbeitet und bauliche Verbesserungen vorgenommen werden.
- Sicherer und attraktiver Ausbau der Radfahrinfrastruktur der Schulwege (Bspw. Fahrradstraßen, Tempo 30-Zonen, Radfahrwege, gegenläufige Öffnung von Einbahnstraßen, Fahrradabstellanlagen).“

Des Weiteren hat der Verkehrsausschuss die Verwaltung am 18.06.2019 beauftragt, im Rahmen der Aufstellung von Schulwegplänen gemeinsam mit den Schulen Vorschläge zu machen, wie das Problem der Elterntaxis gelöst werden kann.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann ist mit ersten Ergebnissen bei der Erarbeitung von Qualitätsstandards insbesondere für die Neuplanung kinderfreundlicher Wohnsiedlungen und für kommunale Verkehrsvorhaben zu rechnen?
2. Wie ist der aktuelle Stand zu Schulwegplänen: gibt es inzwischen erste Schulwegpläne an Kölner Schulen?
3. Geht die Verwaltung von sich aus auf Kölner Schulen zu, um die Erstellung von Schulwegplänen zu unterstützen und unterbreiten die verkehrlenkenden Dienststellen dabei mit Blick auf die o.g. Aufträge des Verkehrsausschusses konkrete Vorschläge für die jeweilige Situation der Schulen?
4. Welche städtische Dienststelle ist in der Verwaltung federführend, um das Thema „Schulwegsicherung“ durch Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung von Schulwegplänen voranzubringen? Nutzt die Verwaltung als Mitglied im „Zukunftsnetzwerk Mobilität“ in Trägerschaft des VRS die dortige Kompetenz in Fragen der Schulwegsicherheit für Austausch und Kooperation?
5. Welche Bedarfe sieht die Verwaltung, um die Aufgabe „Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung von Schulwegplänen“ aktiv und engagiert bearbeiten zu können und die Sicherheit von Kölner Schüler*innen in Straßenverkehr zu verbessern?

Wir bitten, die Beantwortung der Anfrage auch dem Ausschuss Schule und Weiterbildung sowie dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin